MITTEILUNGEN

des Magistrats in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 19.05.2015 um 19.30 Uhr im Mehrzweckraum der Halle Urberach

1. Städtepartnerschaftsjubiläum mit Tramin

In diesem Jahr jährt sich die Begründung der Städtepartnerschaft mit Tramin zum vierzigsten Mal. Tramin und Rödermark haben sich darauf verständigt, dass die Feierlichkeiten in Rödermark stattfinden sollen. Für den Besuch vom 17. – 19. Juli haben sich 80 Traminerinnen und Traminer angekündigt – davon sind 50 Mitglieder der Bürgerkapelle und einer ist der am 10. Mai frischgewählte Bürgermeister: Es ist Wolfgang Oberhofer, der die Städtepartnerschaft in anderer Funktion Jahrzehnte lang begleitet und gefördert hat. Im Namen des Magistrats habe ich ihm gestern zum neuen Amt herzlich gratuliert. Die von der Bürgerkapelle musikalisch umrahmte Jubiläumsfeier findet im Rahmen des Brückenfestes im Park am Entenweiher am Sonntag, dem 19. Juli, um 11 Uhr statt.

2. Einbürgerungsfeier und Verleihung des Integrationsförderpreises

Auch in diesem Jahr sollen die Rödermärker Bürgerinnen und Bürger, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark in einer besonderen Feierstunde begrüßt werden. Im Rahmen der Einbürgerungsfeier wird zum sechsten Mal der Integrationsförderpreis der Stadt Rödermark vergeben. Ich würde mich sehr freuen, Sie zur Einbürgerungsfeier an diesem Samstag um 19:00 Uhr in der Kelterscheune – nach Ende der Bundesligakonferenz im Radio und (Bezahl)Fernsehen - begrüßen zu können.

3. Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst

Frühzeitige Information der Eltern, Einbeziehung des Gesamtelternbeirats:

Die Stadt hat aufgrund der Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienstes auf mögliche Streiks immer frühzeitig reagiert, um die Eltern zu informieren, damit sie sich rechtzeitig um Betreuungsalternativen kümmern können. So wurden bereits beim Scheitern der Verhandlungen die Eltern auf einen möglichen Streik hingewiesen. Parallel wurde und wird mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nicht streiken, ein Notdienst organisiert. Elterninitiativen können zur Betreuung Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Nachdem - wegen der gescheiterten Verhandlungen - eine Urabstimmung vorgesehen war, hat der Erste Stadtrat am 6.5.2015 vorsorglich zu einer außerordentlichen Gesamtelternbeiratssitzung eingeladen. Der offizielle Streikaufruf ist am 6.5. erfolgt. Mit dem Gesamtelternbeirat wurde das Vorgehen im Hinblick auf Information der Eltern und die Organisation von Notdiensten besprochen. Um die Familien für die schwierige Situation zu entschädigen, wurden vom Gesamtelternbeirat verschiedene Vorschläge gemacht. Diese reichen von der Rückzahlung von anteiligen Gebühren und Essengeld bis zur Verwendung von eingesparten Finanzmitteln zu Gunsten der Ausstattung von Kitas oder eine Verkürzung der Sommerschließzeiten. Der Erste Stadtrat hat zugesagt, die Vorschläge im Magistrat zu besprechen.

Prüfung von Entschädigungen und Entlastungen von Eltern:

Der Magistrat hat sich in seinen Sitzungen am 11. und 18. Mai 2015 mit den Vorschlägen befasst und ist zu folgenden Empfehlungen gekommen:

1. Die Essensgebühr soll den Eltern für einen Monat erstattet werden.

2. Eingesparte Personalkosten bleiben im Fachbereich 4 und kommen der Kinderbetreuung zugute, z.B. für Spielsachen, Ausflüge etc. sowie die Schulkinderbetreuung Urberach

3. Die Kitas beteiligen sich nicht am geplanten städtischen Betriebsausflug am 10. Juli. Stattdessen werden die Kitas in der zweiten Jahreshälfte - individuell - ihren Betriebsausflug planen. Eine gegenseitige Vertretung durch Notdienste soll dabei gewährleistet werden.

4. Alle vor den Sommerferien geplanten Klausurtage in den Kitas werden auf das zweite Halbjahr verschoben. Der Eltern werden rechtzeitig über die Termine informiert.

5. In den nächsten zwei Jahren werden die Sommerschließzeiten in den Einrichtungen um jeweils eine Woche gekürzt werden. (Diese Maßnahme ist für 2016 und 2017 vorgesehen.)

Aufgrund der möglicher Fortsetzung der Streiks ab dem 26. Mai hat der Erste Stadtrat zu einer weiteren Sitzung des Gesamtelternbeirats am 20.5.2015 eingeladen. In dieser Sitzung wird er auch über die Ergebnisse der Prüfung der Entlastungsvorschläge durch den Magistrat mit der Elternvertretung sprechen.

Regelung von Notdiensten:

Notdienste können in den Notdiensteinrichtungen und beim Familienservice RömKids angemeldet werden. Dort ist von 9.00 – 12.00 Uhr eine Hotline unter der Telefonnummer 06074 911 624 geschaltet. Die Notdienstplätze werden nach persönlichen Gesprächen mit den Eltern vergeben.

In der aktuellen 21. Kalenderwoche stehen 250 Notdienstplätze in vier Einrichtungen zur Verfügung (120 Plätze in Ober-Roden in den Kitas Potsdamer Straße und Zwickauer Straße und 130 Plätze in den Kitas Lessingstraße und Liebigstraße für Urberach).
Die Einrichtungen der freien Träger und der Katholischen Kirchengemeinden werden nicht bestreikt.

Sollte der Streik ab dem 26. Mai fortgesetzt werden, dann wird versucht, in den oben genannten Einrichtungen wieder einen Notdienst zu organisieren. Die Hotline wird dann wieder besetzt sein. Informiert wird entsprechend auch auf der Homepage der Stadt.

Tarifkonflikt:

Es gibt trotz vieler Beschwerden auch viel Verständnis für das Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozial- und Erziehungsdienst. So wurden der Bürgermeister und der Erste Stadtrat in verschiedenen Protestschreiben aufgefordert, sich beim Kommunalen Arbeitgeberverband dafür einzusetzen, dass die Fachkräfte eine Anerkennung und Aufwertung erhalten und es zu einem schellen Tarifergebnis kommt. Dies hat die Stadt an den Verband der kommunalen Arbeitgeber weiter geleitet.

Es ist zu hoffen, dass es in dem aktuellen Tarifkonflikt – im Interesse aller Beteiligten – zu einer baldigen Einigung kommt.

Zur Herbeiführung einer insgesamt einvernehmlichen Regelung in Rödermark regt der Magistrat an – ähnlich wie im Jahr 2009 -, nach Abschluss des Tarifkonflikts und in Abklärung mit dem Gesamtelternbeirat einen interfraktionellen Antrag der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.